

Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze!

Wir sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Wir setzen uns ein für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gute Entlohnung. Wir wissen, dass die Mehrheit der Bevölkerung darauf angewiesen ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Deshalb sind uns die Arbeitsplätze der Beschäftigten in der Kohle und der Autoindustrie nicht egal.



Wir wissen aber auch, dass es so nicht weitergehen kann. Der CO₂-Ausstoß ist bedrohlich angestiegen. Die Verstromung der Kohle heizt das Klima dramatisch an und führt weltweit zu Wetterextremen und der Vernichtung von menschlichen Existenzen. Wir können nicht so tun, als ginge uns das nichts an. Das Ende der fossilen Ökonomie darf allerdings nicht auf Kosten der Beschäftigten in den verschiedenen Branchen gehen.

IG BCE und ver.di in der Auseinandersetzung um den Kohleausstieg

In den letzten Wochen haben beide Gewerkschaften deutlich gemacht, wie sie sich den Ausstieg aus der Kohle vorstellen. Auf ihrer gemeinsam organisierten Demonstration am 24. Oktober mit 15-20.000 Teilnehmer*innen wurde vom IG BCE-Vorsitzenden Vassiliadis der Eindruck erweckt, Abbau und Verstromung der Braunkohle könnten noch bis zum Sankt Nimmerleinstag weiter betrieben werden. Die IG BCE hatte ja auch im Vorfeld dieser Demonstration deutlich ihre feindliche Haltung gegen einen Kohleausstieg und auch gegen die Klimaschutzbewegung zum Ausdruck gebracht. Die unsägliche Diffamierung der Klimaaktivistin und Mitglied der Kohlekommission, Antje Grothus, als Arbeiterfeindin Nr.1 und die Aktion vor ihrem Haus durch den Betriebsrat waren da nur die Spitze des Eisberges. Anwohner*innen und junge, um ihre Zukunft besorgte Menschen als Gewalttäter zu denunzieren, zeigt wie schwach die **inhaltliche** Position der IG BCE ist. Stärke meint sie aus der Zusammenarbeit mit RWE zu gewinnen. Ein Armutszeugnis für eine Gewerkschaft.

Ver.di hingegen hat sich frühzeitig zu den Klimazielen der Bundesregierung bekannt und im September 2016 eine Studie veröffentlicht, die einen "Sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung" beschreibt. Danach soll kein*e Beschäftigte*r aus der Kohleförderung oder den Kraftwerken erwerbslos gemacht werden, sondern eine Perspektive bei Beibehaltung der Einkommen erhalten. Ob und wie das konkret umgesetzt werden soll, können wir aber noch nicht erkennen. Zumindest zielt die Beschlusslage bei ver.di in die richtige Richtung. Unter den ver.di Mitgliedern gibt es, genauso wie in den anderen Teilen der Bevölkerung, eine große Zustimmung für den Kohleausstieg, wie die Annahme verschiedener Anträge zu diesem Thema auf den verschiedenen zur Zeit stattfindenden Konferenzen der Gewerkschaft zeigen.

Strukturwandel zukunftsfähig gestalten

Die Kohlekommission wollte am 11. Dezember die Ergebnisse ihrer Arbeit der Öffentlichkeit präsentieren. Das wurde auf Initiative dreier Bundesländer im Osten, die Nachbesserungen verlangten, verschoben. Es wird aber klar sein, dass der Kohleausstieg kommen wird. Um so wichtiger ist es, sich zukunftsweisend für die Interessen der Beschäftigten einzusetzen. Die Gewerkschaften, auch in Kontakt mit den bisher gemiedenen Initiativen, den Umweltverbänden und den kommunalen Gremien in den Regionen könnten ein Zeichen für einen gelungenen Strukturwandel setzen.

Es gilt nicht nur neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern die Reviere auf eine CO₂-freie Zukunft auszurichten, die Klimaziele einzuhalten und dafür mehrere Kraftwerke bis 2020 stillzulegen. Da dies oft im Gegensatz zu den Interessen der großen Konzerne steht, sollten die Ideen aus der Bevölkerung intensiv mit einbezogen werden. Dann wird auch der Abschied von der Kohle kein schmerzhafter Bruch, sondern vielleicht ein erfolgreicher Aufbruch werden.

Kontakt: klimagewerkschafter@bwup.de

